

# **Prüfung der Verträglichkeit des Vorhabens mit den Schutzgebieten und geschützten Teilen von Natur und Landschaft gem. BNatSchG**

## **Inhaltsverzeichnis**

|   |   |
|---|---|
| 1. Einleitung.....  | 2 |
| 2. Naturschutzgebiete.....                                | 2 |
| 3. Nationalpark, Nationale Naturmonumente.....            | 2 |
| 4. Biosphärenreservate.....                               | 2 |
| 5. Landschaftsschutzgebiete.....                          | 2 |
| 6. Naturparke.....  | 3 |
| 7. Naturdenkmale.....                                     | 3 |
| 8. Geschützte Landschaftsbestandteile (z. B. Alleen)..... | 3 |
| 9. Gesetzlich geschützte Biotope.....                     | 5 |
| 10. Quellen.....  | 5 |

## **1. Einleitung**

Nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind folgende Schutzgebiete und Teile von Natur und Landschaft geschützt:

- § 23 Naturschutzgebiet
- § 24 Nationalpark, Nationale Naturmonumente
- § 25 Biosphärenreservate
- § 26 Landschaftsschutzgebiete
- § 27 Naturparke
- § 28 Naturdenkmale
- § 29 Geschützte Landschaftsbestandteile (z. B. Alleen)
- § 30 Gesetzlich geschützte Biotope

Im Folgenden wird geprüft, ob entsprechende Schutzgebiete im Verfahrensgebiet vorhanden sind und die Maßnahmen des Wege- und Gewässerplanes geeignet sind, diese Schutzgebiete und geschützten Teile von Natur und Landschaft zu beeinträchtigen.

Falls erforderlich werden entsprechende Genehmigungs- bzw. Befreiungsanträge gestellt.

## **2. Naturschutzgebiete**

Im Verfahrensgebiet befinden sich keine Naturschutzgebiete.

## **3. Nationalpark, Nationale Naturmonumente**

Nationalparke und Nationale Monumente sind im Verfahrensgebiet der Unternehmensflurbereinigung Vehlefanz nicht vorhanden. Eine Beeinträchtigung kann demnach ausgeschlossen werden.

## **4. Biosphärenreservate**

Biosphärenreservate sind im Verfahrensgebiet der Unternehmensflurbereinigung Vehlefanz nicht vorhanden. Eine Beeinträchtigung kann demnach ausgeschlossen werden.

## **5. Landschaftsschutzgebiete**

Das Verfahrensgebiet der Unternehmensflurbereinigung Vehlefanz befindet sich in Teilen im Landschaftsschutzgebiet Nauen-Brieselang-Krämer. Die Wege 4 und 110 liegen jedoch nicht innerhalb des Landschaftsschutzgebietes. Eine Beeinträchtigung kann daher ausgeschlossen werden.

## 6. Naturparke

Naturparke sind im Verfahrensgebiet der Unternehmensflurbereinigung Vehlefanz nicht vorhanden. Eine Beeinträchtigung kann demnach ausgeschlossen werden.

## 7. Naturdenkmale

Im Verfahrensgebiet und vor allem im Bereich der vom Verfahren ausgeschlossenen Ortschaften sind Naturdenkmale vorhanden (Landkreis Oberhavel 2017).

Ein Flächennaturdenkmal ist das Gewässer östlich des Weges 100 (nördlich der Bahn).

Im Bereich der Maßnahmen der 2. Änderung des Wege- und Gewässerplanes sind keine Naturdenkmale vorhanden. Eine Beeinträchtigung kann demnach ausgeschlossen werden.

## 8. Geschützte Landschaftsbestandteile (z. B. Alleen)

Neben den flächigen geschützten Biotopen kommen im Verfahrensgebiet geschützte Alleen vor. Eine Allee säumt zum Beispiel die Kreisstraße K6526 von Perwenitz nach Vehlefanz in die der Weg 4 einmündet.

Weitere Alleen sind durch die Maßnahmen der 2. Änderung des Wege- und Gewässerplanes nicht betroffen.

Der Weg 4 mündet in die Kreisstraße 6526. Im Zuge des Ausbaus wird auch die Anbindung gem. Richtlinie für den ländlichen Wegebau neu hergestellt und bedarf einer Anbindegenehmigung. Um eine Anbindegenehmigung durch den Landkreis zu erhalten, müssen gewisse Anforderungen erfüllt sein. Unter anderem muss mittels Schleppkurven und Sichtdreiecken nachgewiesen werden, dass die sichere Nutzung der Anbindung möglich ist (siehe Teil 3. Einzelentwürfe).

Die Prüfung der Sichtdreiecke ergab, dass die beiden Bäume östlich der Zufahrt im Sichtfeld stehen, zumindest wenn man von einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km/ h auf der Kreisstraße ausgeht, wie es aktuell der Fall ist.

Bei einer Reduzierung der Geschwindigkeit auf 70 km/ h verkleinert sich das erforderliche Sichtdreieck, so dass der 2. Baum, eine zweistämmige Rot-Esche mit 126 und 108 cm Stammumfang nicht gefällt werden muss. Eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde im Vorfeld der Genehmigungsplanung war nicht möglich, so dass die Geschwindigkeitsreduzierung auf der Kreisstraße Bestandteil dieser Planung ist (siehe unten).

Da es sich bei den Gehölzen um Bäume einer Allee und damit um geschützte Landschaftsbestandteile gem. §29 BNatSchG handelt, die auch gem. §17 BbgNatschAg nicht beseitigt, zerstört, beschädigt oder sonst erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt werden dürfen, erfolgte die eingehende Prüfung zum Erhalt der Gehölze bei gleichzeitiger Wahrung der Sicherheit auf der Kreisstraße.

Ein Verschieben der aktuell bestehenden Zufahrt kommt nicht in Betracht, da dies mit erheblich mehr Eingriffen verbunden wäre. In der bestehenden Lage ermöglicht nur die Geschwindigkeitsreduzierung auf der Kreisstraße den Eingriff in die Allee zu verringern.

Durch eine Geschwindigkeitsreduzierung kann der Baum 1 nicht erhalten werden, da er zu dicht an der Anbindung und damit immer im Sichtdreieck steht. Für diesen Baum wird daher hiermit eine **Ausnahme von § 17 BbgNatSchAg beantragt**, da die Fällung aus zwingenden Gründen der Verkehrssicherheit erforderlich ist und keine anderen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit möglich sind.

Der Ausgleich gem. HVE 2009 soll nach Abstimmung mit dem Landkreis in den bestehenden Lücken der Allee erfolgen.

Der Baum 2 kann durch eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h auf der Kreisstraße erhalten werden. Da die Reduzierung der Geschwindigkeit von 100 auf 70 km/h eine zumutbare Alternative zur Vermeidung der Beeinträchtigung darstellt, ist diese gem. §15 Abs. 1 BNatSchG umzusetzen, um den Eingriff zu vermeiden.



Nach Rücksprache mit der Gemeinde Oberkrämer hat sich der Vorstand der Teilnehmergeinschaft dafür ausgesprochen die Geschwindigkeitsreduzierung nicht nur punktuell sondern für den gesamten Abschnitt auf 1,72 km zwischen Kilometer 4.22 und 5.94 anzuordnen, da

- davor und danach bereits 70 km/h Strecken anschließen und so die Leichtigkeit des Verkehrs durch einen gleichmäßigen Verkehrsfluss gefördert wird.
- an dem Abschnitt außerdem noch eine Bushaltestelle (km 5.91) und weitere Anbindungen/ Straßeneinmündungen/ Feldzufahrten (km 5.51/ 5.41/ 5.08/ 4.78/ 4.46) liegen.
- eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 70 km/h den Verkehrsfluss verstetigt, da sie die unterschiedlichen Geschwindigkeitsniveaus von landwirtschaftlichen Fahrzeugen, Lastkraftwagen, Bussen und Personenkraftfahrzeugen harmonisiert und Überholvorgängen vorbeugt, ohne dass es zu spürbaren Fahrzeitenverlängerungen kommt. (Gemeinsamen Runderlass des MIL und MIK vom 24. Januar 2017 (2021 außer Kraft getreten)).
- es sich auf der gesamten Länge um eine dem Kraftfahrzeugverkehr gewidmete öffentliche Straße mit dichtem Baumbestand ohne Fahrzeugrückhaltesystem handelt. Gem. des gemeinsamen Runderlasses des MIL und des MIK vom 21. Dezember 2021 ist auf solchen Strecken in der Regel 70 km/h anzuordnen, außer wenn eine Gefahr ausgeschlossen werden kann. Letzteres wird an dieser Stelle nicht gesehen, aufgrund der zahlreichen Einmündungen und der zusätzlichen Hecke hinter der Allee Richtung Süden, welche die Sicht zusätzlich einschränkt, so dass auf die Kreisstraße auffahrende Fahrzeuge erst im letzten Moment ins Blickfeld kommen.

Die Geschwindigkeitsreduzierung auf der Kreisstraße 6526 Abschnitt 030 zw. km 4.22 und 5.94 beidseitig auf 70 km/h; wird als Vermeidungsmaßnahme Nummer 4 festgelegt, um die Beeinträchtigungen der Allee auf ein unvermeidbares Maß zu reduzieren.

Die Kompensationsmaßnahme 1009 (Lückenpflanzung in die Allee an der K6526) wird festgelegt, um die unvermeidbare Beeinträchtigung auszugleichen. Da die Pflanzung in den Lücken der Allee erfolgt, wird diese gestärkt und durch die Verjüngung der Erhalt für die Zukunft gesichert. Eine dauerhafte Beeinträchtigung bzw. Zerstörung der Allee kann somit ausgeschlossen werden.

## 9. Gesetzlich geschützte Biotope

Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der nach § 30 BNatSchG und § 18 Abs. 1 BbgNatSchAG geschützten Biotope führen können, sind unzulässig.

Ob die Maßnahmen des Wege- und Gewässerplanes zu einer Zerstörung oder erheblichen Beeinträchtigung von geschützten Biotopen führen können, wird im Folgenden geprüft.

An Weg 4 grenzen Ackerflächen, eine ca. 2024 neugepflanzte Hecke, eine Brache und an der Kreisstraße noch eine Allee und eine ältere Hecke an den Weg an. Die Allee wurde bereits im vorhergehenden Punkt betrachtet, ansonsten liegen keine geschützten Biotope im Wirkungsbereich des Weges, so dass eine Beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann.

An Weg 110 grenzen Ackerflächen, Wohn- und Gartengrundstücke, Hecken, Baumreihen, kleinere Gehölzgruppen und ruderale Säume an. Ca. 80 m westlich der Maßnahme liegt ein Kleingewässer mit Schilfbewuchs, welches man als geschütztes Biotop ansprechen könnte.

Da die Wegebaumaßnahmen auf der bestehenden Wegetrassen erfolgen und ca. 80 entfernt liegt, können Beeinträchtigung des geschützten Biotopes ausgeschlossen werden.

## 10. Quellen

BNatSchG - Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist

Landesamt für Umwelt 2025: Naturschutzfachdaten im Internet –

<https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/naturschutzfachdaten/kartenanwendung/kartenanwendung-naturschutzfachdaten/>; Stand 21.02.2025

Landesumweltamt Brandenburg (Hrsg.) 2007: Biotopkartierung Brandenburg Band 2 Beschreibung der Biotoptypen

Landkreis Oberhavel (Hrsg.) 2017: Umweltbericht

MIL & MIK 2017: Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung und des Ministeriums des Innern und für Kommunales zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Straßen mit angrenzendem dichten Baumbestand ohne vorgelagerte Fahrzeug-Rückhaltesysteme außerhalb geschlossener Ortschaften im Land Brandenburg vom 24. Januar 2017 (2021 außer Kraft getreten)

MIL & MIK 2021: Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung und des Ministeriums des Innern und für Kommunales zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Straßen mit angrenzendem dichten Baumbestand ohne vorgelagerte Fahrzeug-Rückhaltesysteme außerhalb geschlossener Ortschaften im Land Brandenburg vom 21. Dezember 2021